

Ercheint wöchentlich
einmal: Freitags.
Anzeigen: Die fünfgehaltene
Beitrag 40 Pf.
Für die Ortsvereine 10 Pf.
Im Abonnement nach
Uebereinkunft.
Schluß der Redaktion:
Dienstag Mittag.

Die Woche

Abonnement
vierteljährlich 1.— Mark
bei jedem Postamt und in der
Expedition.
Eingetragen in der
Post-Zeitungsliste.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O. 55,
Greifswalderstr. 221/223.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (G.-D.)

Nr. 18

Berlin, den 3. Mai 1912

23. Jahrg.

Fernsprech - Amt
Königsplatz, 4720

Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an **E. Fleischer, Greifswalderstr. 221/223,**
Geldsendungen an **W. Ziehe, Greifswalderstr. 221/223, zu adressieren.**

Fernsprech - Amt
Königsplatz, 4720

Inhaltsverzeichnis. Die sozialdemokratische Volksversicherung. — Die Einkommensteuer in den größeren deutschen Bundesstaaten. — Feindliche Genossen. — Unsere Jugend. — Die Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunker) im Strom des öffentlichen Lebens. — Rundschau: Tarifverträge in der Holzindustrie. Der Arbeitgeber-Schutzverband für das Holzgewerbe für Lippe und den Bezirk Herford. Für die Neutralität der „freien“ Gewerkschaften. Moor- und Volksernährung. Genossen unter sich. Teure Klaviere. — Aus der Rechtsprechung. — Patentschau. — Fortarbeiter. — Aus den Ortsvereinen: Berlin. Spandau. Stolp. — Lohnbewegung. — Bekanntmachungen des Hauptvorstandes. — Anzeigen.

noffenschaft und der von diesem Dreigestirn ausgeübten Agitation bald prosperieren wird, kann kaum bezweifelt werden. Das ist es jedoch nicht, was uns die Feder in die Hand drückt, sondern der Einfluß, der durch diese „Parteiversicherung“ auch auf Elemente mit nationaler und bürgerlicher Anschauung ausgeübt wird, dürfte sich sehr bald durch eine weitere Zunahme der Partei- und Gewerkschaftsmitglieder sozialdemokratischer Oberbank bemerkbar machen. Die Agitation für diese Versicherung wird, da selbstverständlich nur waschechte Genossen als Werbeagenten, als Einkassierer usw. angestellt werden, ruhig aber zielreicher durch die Werbearbeit dieser Agenten von Haus zu Haus, von Wohnung zu Wohnung für alle drei Spielarten Früchte bringen. Daß eine Zeitung, die ja auch dabei gedacht ist, die Erziehung für die Sozialdemokratie unterstützen wird scheint uns keinem Zweifel zu unterliegen. Wenn so systematisch und mit der den Sozialdemokraten eigenen Zähigkeit gearbeitet wird, dann können wir in absehbarer Zeit einen Agitationsapparat in Tätigkeit sehen, gegen den alles bis jetzt beobachtete eine Spielerei war.

Diese Ansichten sind natürlich für alle auf nationalen Boden stehende Organisationen nicht sehr erfreulich, weil jeder der mit der Werbearbeit einigermaßen Beschäftigt weiß, sich sagen muß, wenn diese Organisationen nicht ganz energisch dazu übergehen, um Aufklärung über ihre eigenen Ideen zu schaffen, und dem von der Sozialdemokratie gepflanzten und geschürten Haß der Gesellschaftsklassen untereinander entgegenzuwirken, dann dürfte die Zeit, wo alle auf nationalem Boden stehenden Organisationen an die Wand gedrückt werden, nicht mehr ferne sein. Wir haben daher auch als Gewerksvereiner damit zu rechnen, daß mit der sozialdemokratischen Volksversicherung auch unsere Werbearbeit erschwert wird. Daß diese rein parteipolitische Versicherungsgesellschaft, die schließlich genau so unmoralisch, wie ein kapitalistisches Unternehmen wirken muß, dürfte jedem, der sich in die Sache hineinsetzt, klar sein. Bei dem von uns eingangs geschilderten Unternehmen sind es einzelne Personen, die sich durch diese Volksversicherungen Vermögensvorteile zu schaffen versuchen und als solche in dem Unternehmen nicht den ideellen Zweck für das Volkwohl, für die Fürsorge des Volkes sehen, sondern vom reinen Geschäftspunkt aus darauf bedacht sind, einen möglichst großen Profit aus dem Unternehmen herauszuziehen, ganz gleich ob die Versicherten dabei indirekt geschädigt werden oder nicht. Bei dem sozialdemokratischen Unternehmen ist schließlich der Endzweck in dem von uns angedeuteten Sinn zu suchen, der aber deshalb kein besserer wird, als der vorgenannte, weil es nicht im Interesse des Volkes liegen kann, durch einseitige Erziehung der Massen unser ganzes Wirtschaftsleben zu erschüttern.

Die Einkommensteuer in den größeren deutschen Bundesstaaten.

© In unserer Nr. 16 haben wir die Einkommensteuer im allgemeinen und für Preußen im besonderen besprochen. Da nun auch Wünsche dahingehend laut wurden, dieses auch für die übrigen Bundesstaaten zu tun, so wollen wir denselben heute Rechnung tragen. In Bayern ist ein Einkommen, das über 600 M. beträgt, zu versteuern und beträgt der Steuerfuß bis 700 M. 1 M. und steigt bei einem Einkommen von über 2400 M. auf 35,50 M. Dem Einkommen zugerechnet wird das eventuelle Einkommen der Ehefrau 400 M. in Abzug gebracht werden können. Zu beachten hierbei ist jedoch, daß in diesem Falle eine getrennte Veranlagung von dem Steuerzahler beantragt werden muß. Uebersteigt das Gesamteinkommen nicht die Summe von 1800 M., so tritt insofern eine Ermäßigung ein, als dann von dem Einkommen der Ehefrau 400 M. in Abzug gebracht werden können. Zu beachten hierbei ist jedoch, daß in diesem Falle eine getrennte Veranlagung von dem Steuerzahler beantragt werden muß. Uebersteigt der Steuerpflichtige dahingehende Anträge zu stellen, so hat er die Steuer in voller Höhe zu bezahlen.

Steuerermäßigung für Kinder. Darüber besagt der § 19 des Steuergesetzes: „Ein Steuerpflichtiger, dessen steuerbares Einkommen nicht mehr wie 3000 M. beträgt und der auf Grund gesetzlicher Verpflichtung Abkömmlingen den Unterhalt gewährt, kann verlangen, daß ihm Steuerermäßigung bei einem oder zwei Abkömmlingen um eine Tariffstufe,

drei oder vier Abkömmlingen um zwei Tariffstufen, fünf oder sechs Abkömmlingen um vier Tariffstufen, sieben oder mehr Abkömmlingen um sechs Tariffstufen gewährt wird. Wenn er hiernach in keine Tariffstufe einzureihen ist, so wird er mit einer Steuer von 1 M. veranlagt. In die für die Ermäßigung maßgebende Personenzahl sind nur jene Kinder einzurechnen, die das 15. Lebensjahr noch nicht überschritten haben oder die noch in der Vorbildung für einen Beruf begriffen sind oder ihrer aktiven Militärdienstpflicht genügen.

Eine weitere Ermäßigung tritt ein bei außergewöhnlicher Belastung des Einkommens durch pflichtgemäße Unterhaltung von Abkömmlingen und mittellosen sonstigen Angehörigen durch andauernde Krankheit oder sonstige besondere Unglücksfälle. Auch hier tritt die niederste Steuerstufe von 1 M. in Kraft wenn der Steuerpflichtige in keine weitere Tariffstufe mehr einzureihen ist.

Im Königreich Sachsen ist nach § 12 des Einkommensteuergesetzes schon bei einem jährlichen Einkommen von mehr als 400 M. eine Steuer von 1 M. zu bezahlen und steigt der Steuerfuß bei einem Einkommen von mehr als 2200 M. auf 46 M. pro Jahr. Zur Steuerermäßigung wird in dem Gesetz gesagt:

Für jedes nicht besonders zur Einkommensteuer veranlagte Familienmitglied, welches das 6., aber noch nicht das 14. Lebensjahr vollendet hat, wird von dem steuerpflichtigen Einkommen des Familienhauptes, das es unterhält, sofern dieses Einkommen den Betrag von 3100 M. nicht übersteigt, der Betrag von 50 M. in Abzug gebracht, mit der Maßgabe, daß bei Vorhandensein von drei oder mehr Familienmitgliedern dieser Art in dem Jahre eine Ermäßigung der Steuer um eine Klasse stattfindet.

In Württemberg beträgt nach Artikel 18 der Einheitsfuß der Einkommensteuer bei einem Jahreseinkommen von mehr als 500—650 M. 2 M. und steigt bei einem Einkommen bis 2450 M. auf 28 M. pro Jahr. Für Württemberg wird jedoch der Steuerfuß für jede Steuerperiode durch das Finanzgesetz festgelegt.

Die Steuerermäßigung wird in Artikel 20 behandelt, welcher darüber besagt, daß Steuerpflichtige mit einem steuerbaren Einkommen bis zu 2000 M., welche verheiratet sind und einen gemeinsamen Haushalt führen, oder welche verwitwet sind und ein oder zwei nicht selbständig einzuschätzende Kinder unter 15 Jahren unterhalten, sind statt der diesem Einkommen entsprechenden Steuerstufe in der nächstniedrigen Stufe zu veranlagend, und wenn sie in der vorletzten Stufe, d. h. von 650—800 M. eingeschätzt waren, steuerfrei zu lassen. Sind drei oder mehr nicht selbständige Kinder unter 15 Jahren zu unterhalten, so sind sie um eine weitere Stufe herabzusetzen, und wenn sie in der vorletzten Stufe, d. h. von 650—800 M. eingeschätzt waren, steuerfrei zu lassen.

Verheiratete und einen gemeinsamen Haushalt führende oder verwitwete Steuerpflichtige mit einem steuerbaren Jahreseinkommen 2000 bis 3200 M., welche drei oder mehr nicht selbständig einzuschätzende Kinder unter fünfzehn Jahren unterhalten, sind statt in der diesem Einkommen entsprechenden Steuerstufe in der nächstniedrigen Stufe zu veranlagend.

Gleich den Verwitweten werden behandelt diejenigen Eheleute, bezüglich deren auf Scheidung oder Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft rechtskräftig erkannt ist, sowie die verlassenen Ehefrauen.

In Großherzogtum Baden wird die Höhe der Steuer nach der Steuernovelle vom 9. August 1909 gemäß Artikel 13 nach den Steueranschlagen wie folgt bemessen:

Der Jahresbetrag des gesamten steuerbaren Jahreseinkommens wird, sofern er nicht bereits auf eine durch 100 teilbare Zahl lautet, auf die nächstniedrige in dieser Weise teilbare Zahl abgerundet und besteht sodann der Steuerzuschlag für Einkommen von 900 M. in 200 M., bei einem Einkommen von 1000 M. in 250 M. Für höhere Einkommen bis 10 000 M. werden für die ersten 1000 M. 250 M.

Die sozialdemokratische Volksversicherung.

© Man muß es den Genossen lassen, sie versuchen auf allen Gebieten Einfluß zu gewinnen, um dabei nicht nur den ideellen Zweck, durch Unterstützungen größerer Kreise für sich zu interessieren, zu dienen, sondern vor allem für die sozialistische Weltanschauung ein größeres Werbemittel zu verschaffen.

Die Volksversicherung — unter diesem Namen hat eine Reihe von Gesellschaften unter Führung von geschäftskundigen Kapitalisten die verschiedensten Versicherungsarten dem einzelnen Bürger anzupreisen verstanden, denen nicht immer das Recht auf die Güte des Gedankens abgesprochen werden konnte. Wir finden da eine Versicherung für den Sierbefall, ähnlich wie bei den Lebensversicherungen, nur mit dem Unterschied, daß die Beiträge wöchentlich berechnet werden und steigend von 10 Pf. an die Woche bis zu 1 M. und noch höher, je nach dem Willen und der Leistungsfähigkeit des Beiträgen den eingeht sind. Dann ist diese Versicherung in der Weise ausgebaut worden, daß nur eine bestimmte Reihe von Jahren bezahlt, und dann eine, je nach der Höhe des Beitrages fixierte Summe von Kapital ausbezahlt wird. Ähnlich ist es mit der Kinderversicherung, welche ausbezahlt wird mit dem 14. Lebensjahr, um so die Kosten für die Einsegnung, für Lehrgeld bei Erlernung eines Berufes usw. in der Hand zu haben. Eine Militärversicherung für die Söhne, eine Aussteuerversicherung für die Töchter schließlich sich daran an.

Daß diese Versicherungsarten nicht für kapitalkräftige Leute berechnet sind, geht schon aus dem von uns angeführten hervor. Sie sind nur für die besitzlose Masse gedacht, der es auf diese Weise möglich gemacht werden soll, wöchentlich durch einen kleinen Beitrag entweder für sich selbst, für die Zeit des Alters einen kleinen Spar- und Notpfennig zu sichern oder für ihre Kinder zu dem schon genannten Zweck etwas Geld zur Verfügung zu haben, das sie sonst trotz allem Sparen nicht hätten sammeln können. Diese vom rein ideellen Gesichtspunkt betrachteten Versicherungen tragen einen guten Kern in sich, der jedoch stark beeinträchtigt wird, daß auch hier der Kapitalismus zuerst für sich durch hohe Zahlungen von Lantimen usw. den Rahm abschöpft. Nehmen wir eine der größten dieser Versicherungsgesellschaften die „Viktoria“ heran, deren Direktor, soweit uns bekannt, ein Jahresgehalt von ca. 80 000 M. bezieht, so zeigt sich schon, daß diese Volksversicherung etwas abwerfen muß. Der Gedanke, auf gewerkschaftlichem Wege diese Volksversicherung zu unterstützen, wäre daher nicht zu verurteilen. Anders sieht es dagegen aus, wenn dasselbe Problem vom Parteistandpunkt aus bearbeitet und errichtet werden sollte. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben auf ihrem letzten Gewerkschaftskongress in Dresden die Errichtung einer Versicherungskasse für „Volkswirtschaft“ beschlossen. Diese Kasse soll im Anschluß an die Grozeinkaufsgenossenschaft, das ist der Lieferant der Konsumvereine, errichtet werden. Die Bebandsvorstände der 103 Gewerkschaften haben vom 25. bis 27. März in Berlin eine Konferenz abgehalten, in welcher der Gesellschaftsvertrag und die Versicherungsbedingungen festgesetzt und die gewerkschaftlichen Mitglieder in den Vorstand und Aufsichtsrat gewählt wurden. Sondernfalls folgt noch die Ergänzung dieser beiden Organe durch Partei- und Gewerkschaftsmitglieder. Die Geburt der sozialdemokratischen Volksversicherung war also erfolgt und wir werden bald die ersten Schritte dieses Kindes beobachten können, das natürlich unter der Flagge der „Neutralität“ allen Volksgenossen gegenüber aufzutreten wird.

Daß das Unternehmen bei dem bekannten engen Zusammenhang von Partei, Gewerkschaft und Ge-

Steueranschlag genommen, für das zweite 1000 M. des Einkommens 50 M. für je 100 M. berechnet, für das dritte 1000 M. je 75 M. für je 100 M., für alle höheren Einkommen, also was über 3000 M. ist, werden die Summen als 100 M. für 100 M. zur Berechnung des Steueranschlages in Betracht gezogen. Der Steuerfuß für je 100 M. wird in jedem Jahr durch das Finanzgesetz bestimmt. Dieser Steuerfuß betrug im Jahr 1910 bei einem Steueranschlage bis zu 25 000 M. 3,30 M. für 100 M. Wenn also ein Arbeiter ein jährliches Einkommen von 1000 M. hatte, so betrug der Steuerfuß für ihn 6,60 M. pro Jahr, bei 2000 M. Einkommen 19,80 M., bei einem Einkommen von 2400 M. 29,70 M.

Die Steigerung des Steuerfußes ist, wie Figura zeigt, von jedem Steuerzahler selbst sehr leicht auszurechnen. Die und ob Steuerermäßigungen vorgesehen sind im badischen Finanzgesetz, konnten wir leider nicht feststellen. Vielleicht ist einer unserer badischen Kollegen so liebenswürdig, uns dieses mitzuteilen.

Feindliche Genossen.

In der „völkerbefreienden“ Sozialdemokratie, wo eigentlich eitel Bruderliebe herrschen soll, haben wir schon öfter beobachtet können, daß es dort genau so zugeht wie anderswo, indem man sich gegenseitig befeindet. Der Unterschied ist nur, daß man sich bei den Genossen mit derben „brüderlichen“ Worten ausinandersetzt; so haben wir schon des öfteren erleben können, daß führende Genossen in die Öffentlichkeit rückten und sich über die seitens ihrer „Freiheits- und Gleichheitsbrüder“ zu teil gewordene Behandlung lebhaft beschwerten. Nun läßt sich wieder das Organ des sozialdemokratischen Industriearbeiterverbandes in Solingen „Der Stahlwarenarbeiter“ hören; es entwirft ein nicht gerade schönes Spiegelbild über den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dittmann. Wir hatten die Gelegenheit Dittmann schon 1907 kennen zu lernen, damals war er noch Parteisekretär in Frankfurt a. M., wo er durch seine Rabulistik nicht gerade besonders günstig auftrat. Interessant ist es uns deshalb zu hören, wie Dittmann von seinen eigenen Genossen geschildert wird. „Der Stahlwarenarbeiter“ schreibt:

Es war kurz vor der letzten Reichstagswahl, als Dittmann nach langer Ruhe wieder einmal schrieb. Ein mit Dreiladbares Maschinengewehr hatte er sich zurecht konstruiert. Unverdroffen feuerte er in den Wahlkampf hinein. Alle Politiker Deutschlands, selbst die bayerischen Bauern, die den Ministern beim Regieren helfen, hüteten sich wohlweislich in jener Zeit Angehörige der eigenen Partei anzugreifen. Anders Dittmann. Schüsse, Karren, Verräter waren nach ihm die Vorstandsmitglieder und Angestellten des Industriearbeiterverbandes, während die übrigen Mitglieder zu den gutartigen Verrückten zählten. . . .

Wir haben damals wegen der Wahl nicht so geantwortet, wie es Dittmann verdient. Jetzt erfordert es die Billigkeit, daß wir auch einmal schreiben, wofür wir Dittmann halten.

In seiner Umgebung spricht man ihm jegliche Fähigkeit zum Redakteur ab. . . .

Solinger Schleifer (nach Dittmann Verrückte) freuten eifrig Samen aus, lange bevor an einen Metallarbeiterverband und an einen Dittmann zu denken war. Die Saat ging auf. Und wenn Dittmann jetzt mit gierigen Händen ernten kann, so dankt er das den verrückten Sämannern von einst, den Vorfahren der Schurken und Verrückten von heute! Was tausend fähigen Proletariern der Journalistik nie im Leben glückt, das war Dittmann in jungen Jahren in den Schoß gefallen. Er war Chefredakteur geworden, mit einem Anfangsgehalt von weit über 3000 M. Chefredakteur an einem Blatte, das aus kleinstem Anfange sich so entwickelt hat, daß bei einigermaßen gerechter und vernünftiger Leitung garnicht abzusehen ist, wohin es noch wachsen wird.

Man sollte meinen, auch ein Streber hätte an Dittmans Stelle zufrieden mit dem Avancement sein können. Dittmann war es nicht. Wohl nicht einen einzigen Augenblick ist er es gewesen. Er nahm das Gehalt, nahm die Umzugskosten, brachte aber keine Spur von Anhänglichkeit zu seinem Blatte mit. Ein Redakteur, der Blut in den Adern hat, muß, selbst wenn er ein Streber ist, doch an seinem Blatte hängen, besonders dann, wenn es ihn gut bezahlt und ihn mit Arbeit in weitgehendem Maße versorgt. Ein einfaches Rechenexempel beweist, daß mancher Zeitungs-Klave, auch mancher sozialdemokratische, Stunde um Stunde das leisten muß, was Dittmann in einem Monat leistet. Aber der Eiskalte fühlte nicht die geringste Treue gegenüber seinem Blatte. Noch hatte er die Umzugskosten nicht richtig eingestekt, da war er weit von Solingen entfernt auf der Suche nach einem besser bezahlten Posten. Leider scheint man anderwärts den Solinger Edelstein richtig geschätzt zu haben, und so wurde aus der neuen Beförderung nichts. Bald darauf sollte auch der Parteivorstand eine Probe von Dittmannscher Treue erhalten.

Gegen den Willen des Parteivorstandes hätte Dittmann niemals Chefredakteur werden können. Daß er es doch wurde, hat er also dem Parteivorstand mindestens mit zu verdanken. Aus Erkenntlichkeit fiel Dittmann bald darauf in der an ihm bekannten „sachlichen Art“ über den Parteivorstand her. Dieser war nach Dittmann ungefähr so rückständig und verrückt geworden, wie die Industrieverbändler. Er sollte abgelagt werden. Dittmann war der Hauptankläger. Er schnitt allerdings schlecht ab. Wäre der Plan aber geglückt, so wären neue Nemter zu besetzen, und —

Wir haben keine Veranlassung, dem Menschen, der uns der gemeinsten Schurkereien bezichtigt, Ehrlich-

keiten zuzutrauen. Wenn es aber auch seine ehrliche Überzeugung gewesen wäre, daß der Parteivorstand gefehlt hätte, dann war es immer noch unerhört, daß Dittmann über die Körperhaft, die ihm eben ein so behagliches Zeit hatte bereiten helfen, in so hahnbüchener Art und Weise herfiel.

Vielleicht aus Überzeugung, vielleicht auch nur, weil es zu dem Vorstandsabwurfsplan gehörte, mimte Dittmann damals den Ultraradikalen. Raum war der Plan mißlungen, da war auch Dittmanns Ultraradikalismus verfliegen. Bis auf den mutigen Kampf gegen Hilbrand ist nichts mehr davon übrig geblieben. Uebrigens dürfte Dittmann, wenn ihm noch ein kleiner Rest von Schamgefühl geblieben wäre, Hilbrand überhaupt nicht bekämpfen. Denn wer seine Seele der Solinger und Stuttgarter Kamarilla verschrieb, der ist der letzte, dem es zukommt, die Fahne des Prinzipis zu tragen. Auch hier blamiert Dittmann die Partei wieder einmal so gut er kann. Den einen — ziemlich wehrlosen — Hilbrand bringt er vielleicht zur Strecke, gegen die Hilbrands, die anderwärts in Scharen sitzen, unternimmt Held Dittmann nichts.

Mag sein, daß Hilbrand kein Sozialdemokrat mehr ist, dann steht er aber der Sozialdemokratie noch viel, viel näher, wie die Hilbrand, Bindemann, Scherm, Reichel, Schallbruch, Schullen und Konforten. Und denen pariert Dittmann auf jeden Pfiff. Wäre Dittmann klug, so überließe er die Herge gegen Hilbrand anderen, setzte sich lieber auf seine Hosen und studierte die „Arbeiterstimme“ aus Hilbrandischer Zeit. Da könnte er alles lernen, was ihm fehlt. Damals war die „Arbeiterstimme“ ein wissenschaftliches, aber doch leicht verständlich geschriebenes, ä k e r a u s vornehmes Blatt. Sie wirkte erziehend, veredelnd auf alt und jung. Man konnte mit Stolz sagen: Ich bin Sozialdemokrat und die „Arbeiterstimme“ ist mein Blatt. Heute kann man sie ohne dicke Handschuhe überhaupt nicht mehr anfassen, wirkt sie verrohend und verblöhdend. . . .

Hätte Dittmann ein klein wenig Anhänglichkeitsgefühl an sein Blatt, oder an seinen Reichstagswahlkreis, dann hätte er wenigstens der „Arbeiterstimme“ und Kemscheid zuliebe, das erbärmliche Spiel unterlassen. Denn das Blatt muß naturgemäß sehr schwer geschädigt werden und das Mandat kann er nun nicht wieder holen. An beiden liegt ihm nichts. Er hat das Fell des Industriearbeiterverbandes verkauft. Sobald er liefert, winkt ihm eine besser bezahlte Stelle. Dann adieu Solingen, adieu Kemscheid. Wenn man Dittmann heißt, kann man einen sichereren Kreis als Kemscheid verlangen. Die Kleinigkeit von 56 000 M. hat die Partei für den Kemscheider Wahlkreis ausgeben müssen. Trotzdem hätte sie das Mandat nicht erhalten, wenn die Christlichen beider Konfessionen nicht durch die Liberalen gedregert worden wären.

Zum Schluß heißt es: Sie (Dittmann) wissen jetzt, was im Stat ist

Die Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunker) im Strom des öffentlichen Lebens.

Von Arbeitersekretär Dr. Barnholt-Ilm a. D.

I.

„Nicht das ist zu verwundern, wie es die Kurzfristigen tun, daß die Gewerksvereins-Organisation noch nicht nach Hunderttausenden zählt, sondern daß sie trotz aller Mühe und Verfolgung überhaupt noch besteht.“

So sprach der Gründer der Deutschen Gewerksvereine Dr. Max Hirsch auf dem Verbandstag dieser Organisation im Jahre 1879 zu Nürnberg. Ein Rückblick auf die Zeitströmungen und Ereignisse gaben ihm dazu Veranlassung.

Jahrzehnte sind seitdem verfloßen. Zwar ist die Gewerksvereins-Organisation nicht untergegangen in den Stürmen der Zeit, jedoch mancherlei Umstände haben ihre Entwicklung stark gehemmt und beeinträchtigt. Diese vorurteilslos einmal im Zusammenhang zu schildern, soll nachstehend versucht werden. Doch zuvor sei einiges darüber gesagt, wie die Verhältnisse in der deutschen Arbeiterbewegung lagen, als die Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunker) gegründet wurden.

Die Umwälzungen auf dem Gebiete des gewerblichen Lebens veränderten auch die Arbeits- und Arbeiterverhältnisse. Während früher die Lehrlings- und Gesellenzeit nichts weiter war, als ein Uebergangsstadium zum selbständigen Meister, zerstörte die zunehmende Industrialisierung immer mehr das alte patriarchalische Verhältnis. Die Kunst-, Werkstatt- und Hausgemeinschaft zwischen Meister und Gesellen fing an zu schwinden. Ein abhängiger Lohnarbeiterstand wuchs langsam heran.

In den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts setzte ein Säugungsprozess auf geistigem Gebiete ein. Um auch die Arbeiter von dem vorherrschenden Streben nach Aufklärung nicht auszuschließen, gingen wohlwollende Männer der Wissenschaft und der besitzenden Schichten dazu über, sogenannte Handwerker- und Arbeiterbildungsvereine zu gründen. Die Elementarwissenschaften aufzufrischen und zu ergänzen, überhaupt den allgemeinen Bildungsstand der arbeitenden Klassen zu heben, war der Zweck dieser an sich gewiß nützlichen Vereine. An Vorteile gegenüber den Arbeitgebern wurde wenig oder gar nicht gedacht. Erst später änderten sich an diesem Gebiete die Dinge.

Die bekannten Ereignisse der Jahre 1848/49 gingen auch nicht an der deutschen Arbeiterklasse spurlos vorüber. Gleichsam wie zum neuen Leben erwacht, bildeten sich sehr bald nach den Wärtagen des Jahres 1848 besondere Arbeitervereine. Schon am 11. April desselben Jahres beschloß sich ein Zentralkomitee aus Arbeitervertretern zu bilden, welches sich dann am 19. April 5 Mitglieder stark konstituierte. Auf Grund eines besonderen Beschlusses sollte eine allmähliche Organisationsarbeit in allen Segenden der Reichweite unternommen werden. Als Organ des Zentralkomitees erschien am 1. Juli der erste Nummer „Das Volk“. Es war dies eine dreimal wöchentlich erscheinende sozialpolitische Zeitung, die vom dem Schriftleiter Dr. Hirsch geleitet wurde und sich zur Aufgabe stellte „das Bürgerthum zu belehren und zu erheitern, gegen die Aristokratie, gegen das Mittel-

alter, gegen die Mächte von Gottes Gnaden; dem kleinen Gewerbetreibenden wie dem Arbeiter beizustehen gegen die Macht des Kapitals und der freien Konkurrenz und immer voranzuschreiten, wo es gilt, dem Volk ein irgend noch vorenthaltenes politisches Recht zu erkämpfen, damit es die Mittel erhalte, sich die soziale Freiheit, die unabhängige Existenz um so besser zu erringen.“

Da das Zentralkomitee von den Tagungen anderer Vereinigungen nicht befriedigt war, beschloß man die Einberufung eines Allgemeinen Arbeiterkongresses, um über die verschiedenen Forderungen und Aufgaben der Arbeiter zu beraten. Vom 23. August bis zum 2. September 1848 fand dann dieser in Berlin statt. Wichtige Beschlüsse über die Organisationsstatuten, Selbsthilfsbestrebungen, der Hilfe des Staats und der Volksbildung wurden gefaßt. In einem sogenannten Manifest wurden die Grundforderungen des Kongresses an die Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. gefaßt. Dies Manifest ist datiert vom 2. September 1848 und schließt mit folgenden bemerkenswerten Sätzen:

„Wir Arbeiter sind von Natur die Stützen der Ruhe und Ordnung, denn wir wissen sehr wohl, daß wir zum Leben der Ruhe und Ordnung bedürfen. Wir reichen unseren Mitbürgern die Hand und die Verheißung des Wortes: Ja! wir wollen die Ruhe und Ordnung der Staaten aufrechterhalten — wir können es verheißten, denn wir haben die Kraft dazu und sind uns unserer politischen Bedeutung bewußt. Nur notgedrungen würden wir, wenn wir abgewiesen würden, wenn der alte Wahn aufrechterhalten und unsere Rechte auch fernerhin, wie früher, von keinem der Machthaber auf humane Weise geachtet würde der Geißel des Schicksals gehorchen und unter der Macht der finsternen Not aus den wärmsten Freunden der bestehenden Ordnung zu den bittersten Feinden derselben werden müssen.“

Der Sitz des Zentralkomitees wurde von Berlin nach Leipzig verlegt und als publizistisches Organ des Arbeiterbundes kam am 3. Oktober 1848 „Die Verbrüderung“ heraus.

Eine lebhafteste Agitation setzte nach dem Kongreß ein. Zahlreiche Verjammlungen hielt man ab, auch fanden im Laufe der Zeit mehrere Landes- und Bezirkskongresse statt. So für die norddeutschen Arbeiter ein solcher Kongreß in Hamburg, für Sachsen in Leipzig, für Thüringen in Altenburg, für Südwestdeutschland in Heidelberg, für Württemberg in Göppingen und für Bayern ein solcher in Nürnberg. Eine zukunftstrotze Stimmung herrschte in der Arbeiterklasse. Am Niederrhein versuchten sich die Gedanken eines Marx und Engels Bahn zu brechen. In der Bewegung der Buchdrucker trat im modernen Gewande die Berufsorganisation auf, die Prinzipale und Gehilfen zu ernster Arbeit vereinigte.

Doch nicht lange dauerte dieser Frühlingstraum der deutschen Arbeiterklasse. Die Reaktion gewann wieder Oberhand und bald gingen die Regierungen von Bayern, Sachsen und Preußen gegen die „Arbeiterverbrüderung“ vor. Das Organ ging am 1. Juli 1850 ein. Suchte man sich auch anfangs den veränderten Verhältnissen anzupassen, so gelang dies doch nur spärlich. Dann kam der Bundesratsbeschuß vom 13. Juli 1854, der die letzten Reste dieser politischen und sozialen Vereinigungen vernichtete, ohne besondere äußere Spuren zu hinterlassen.

Sind unsere Mitglieder Remmen, dann haben Sie leichtes Spiel, zeigen sich aber die Mitglieder Ihres Verbandes (Industriearbeiterverband) ihrer großen Taten würdig, der Toten, Herr Dittmann, die einst getreulich glänzten, damit Sie alle Taschen mit Erntesegen vollstopfen konnten, der Toten, die Sie in ihren Kindern beschimpfen, dann zittern Sie, dann bleiben Sie ehelos auf der Strecke."

Diese hier von Herrn Dittmann entworfene Photographie ist nicht gerade sehr schön, aber sie deckt wieder auf, wie die Korruption innerhalb der Sozialdemokratie die schönsten Blüten treibt. Eine Versammlung von 2000 Stahlwarenarbeitern hat das sozialdemokratische Organ in Solingen, "Die Bergische Arbeiterstimme", deren Chefredakteur Dittmann ist, boykottiert, was durch folgenden Inhalt einer Resolution zum Ausdruck kommt:

Ferner erklärt die Versammlung, die "Arbeiterstimme" so lange abzubestellen, bis die existenzvernichtende Schreibweise gegenüber dem Industriearbeiterverband vom Redakteur Dittmann eingestellt wird, weil eine derartige Vernichtungsparole die gesamte Arbeiterschaft schädigt."

Die "Bergische Arbeiterstimme" war es ja auch, die beim Buchdruckerkonflikt in Berlin, im Juli vor. Jahres, von dem Buchdruckerverband schrieb: "Das ist nicht die Sprache einer selbstbewußten freien und demokratisch verwalteten Arbeiterorganisation, die auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes steht, sondern die Sprache einer gelben Streikbrecherorganisation, die sich als Schutztruppe des Unternehmertums fühlt."

Wir sehen, der Herr Reichstagsabgeordnete Dittmann fährt eine Sprache nicht nur seinen Gegnern gegenüber, sondern auch bei seinen Freunden, die einem mit Dreß geladenen Maschinengewehr gleichkommt.

Unsere Jugend.

Der Jugend gehört die Zukunft! Diese Worte hört man jetzt recht oft aussprechen, oftmals ohne jede tiefere Bedeutung. Vom Herrenhaus bis zu den Arbeiterversammlungen, alles dreht sich um die Jugend. Es vergeht kaum ein Tag, wo man nicht lange Zeitungsartikel über die Jugend veröffentlicht. Generäle, Geistliche, Handwerkerkammern, Innungen, Arbeiterorganisationen, jeder verliert sich auf seine Art die Jugend zu beeinflussen. Ohne Zweifel steht das fest: Wer die Zukunft beherrschen oder beeinflussen will, muß die Jugend auf seiner Seite haben. Für uns als Arbeiterorganisation kommt in erster Linie die Jugend des Handwerks und der Arbeiter in Betracht, vor allem die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter aus den Klein- und Großbetrieben.

Man schenkt dieser Bewegung viel zu wenig Beachtung. Steht doch noch in manchem Kollegen solch alter Janungsstumpf, indem er ohne weiteres in einem Lehrling einen Menschen erblickt, über den er zu bestimmen, zu herrschen hat. Diese Zeiten sind vorüber. Und ich glaube, wir wünschen uns nicht mehr die „gute alte Zeit“ zurück. Man muß sich zunächst vor Augen führen, daß der junge Mensch, der in die Lehre tritt, in den Jahren steht, wo er anfängt zu denken. Es prägen sich in dies junge Gemüt mit aller Schärfe und Deutlichkeit alle Vorkommnisse seiner Lehrjahre ein, die sich durch nichts verwischen lassen. Er wird sich demnach auch genau merken, wie er von den im Betriebe beschäftigten Gesellen behandelt worden ist. Hier bietet sich für unsere Kollegen eine lohnende Agitationsarbeit. Gewiß werden die betreffenden Kollegen manches Ungehörige dieser Jugendlichen zurückerweisen müssen. Durch ruhige und sachliche Belehrung wird er sich aber stets Respekt zu verschaffen wissen. Es gilt dann allmählich diese jugendlichen Gemüter auf unsere Bestrebungen aufmerksam zu machen, sie vielleicht der Jugendvereinigung zuzuführen, so daß nach Beendigung der Lehrzeit sie als brauchbare Kämpfer in unsere Reihen eingeführt werden können. Dies ist eine lohnende dankbare Arbeit, der sich ein jeder Kollege unterziehen möchte. Man soll nur nicht sagen, es nützt ja doch nichts. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg! Nur Mut und Ausdauer führt zum Ziel. P. V.

Mundschau.

Tarifverträge in der Holzindustrie bestanden zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern, bzw. zwischen den beiderseitigen Organisationen im Jahre 1911 948 für 13 699 Betriebe und 135 025 Arbeiter. Im Vorjahre waren es nur 679 Verträge für 11 707 Betriebe und 113 602 Arbeiter. Ein großer Teil der Verträge, nämlich 445, gilt für nur je 1 Betrieb, 200 Betriebe und mehr umfassen 9 Verträge. Nach diesen Verträgen ist die Arbeitszeit festgesetzt worden wöchentlich auf 48 bis 51 Stunden für 29 633 Arbeiter gleich 22,6 Prozent, auf 51 1/2 bis 54 Stunden für 59 413 Arbeiter gleich 45,4 Prozent, auf 54 1/2 bis 57 Stunden für 31 890 Arbeiter gleich 24,4 Prozent, auf 57 1/2 bis 60 Stunden für 9867 Arbeiter gleich 7,5 Prozent und auf über 60 Stunden für 100 Arbeiter gleich 0,1 Prozent. Mehr als zwei Drittel aller im Vertragsverhältnisse stehenden Holzarbeiter sind demnach wöchentlich 54 Stunden und weniger beschäftigt.

Der Arbeiterverschauerband für das Holzgewerbe für Lippe und den Bezirk Detmold hat, wie die „Lippische Landeszeitung“ berichtet, be-

schlossen, einen Geschäftsführer anzustellen. Als Sitz ist Herford und als Geschäftsführer Herr Wilhelm Briester gewählt worden, der hier lange Jahre Vorsitzender des Schuerverbandes war.

Für die Neutralität der „freien“ Gewerkschaften liefert einen neuer Beweis die Kontrollkarte, die der Deutsche Bauarbeiterverband, Zweigverein Augsburg und Umgegend, an seine Mitglieder ausgibt. Diese Kontrollkarte enthält auf der einen Seite die nötigen Felder zur Abstempelung der geleisteten Beiträge, auf der anderen Seite aber sind ebenfalls Felder vorgezeichnet, denen über das Abonnement der „Schwäbischen Volkszeitung“, des sozialdemokratischen Parteiorgans, quittiert wird. Außerdem enthält die Kontrollkarte eine Bescheinigung über die Beteiligung an der Reichstags- und Landtagswahl. Was haben alle diese Dinge mit der gewerkschaftlichen Organisation zu tun? Zweifellos läßt diese Kontrollkarte erkennen, daß die Mitglieder des Bauarbeiterverbandes auch Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sein müssen. Das ist zwar für alle Eingeweihten nicht neues, da es aber von jener Seite häufig bestritten wird, ist es gut, von derartigen Dokumenten hin und wieder Kenntnis zu nehmen.

Moorkultur und Volksernährung. Der Verein zur Förderung der Moorkultur in Deutschland gab kürzlich eine Denkschrift heraus, der interessante Einzelheiten zu entnehmen sind. Nach den angegebenen Zahlen besitzt Preußen rund 2 Millionen Hektar = 352 Quadratkilometer Moorland, Bayern 146 000 Hektar = 1,9 Prozent seiner gesamten Fläche, das ganze Deutsche Reich rund 2294 Mill. Hektar = 4,24 Prozent seiner Gesamtfläche. Dazu kommen noch 3,81 Mill. Hektar moortüchtige Böden, von denen mindestens 3 Mill. Hektar noch gänzlich unkultiviert sind. Nach den in der Denkschrift angegebenen Zahlen würden sich darauf, auch wenn man für absolut oder z. B. nicht kultivierbares Land entsprechende Abzüge macht, rund 162 Mill. Doppelzentner gutes Heu durch Kultivierung erzielen lassen, womit man jährlich 2,4 Millionen Stück Großvieh mehr als jäh ernähren könnte. Selbst bei Verwendung als Weideland ließe sich eine Mehrerzeugung an Viehlebensgewicht von rund 10 Millionen Doppelzentner jährlich erzielen. — Bei einer Umwandlung dieser jetzt meist unbewohnten Strecken in Siedlerstellen von je 10 Hektar Besitz ließen sich darauf rund 67 000 Familien ansiedeln. Nach den vorliegenden Erfahrungen der preussischen Versuchsstationen und der hannoverschen Provinzialverwaltung wäre von diesen Ansiedelungen eine jährliche Mehrproduktion von 1,5 Millionen Doppelzentner Mastvieh zu erwarten. Man sieht hieraus, welche wertvolle Futterreserve unsere Moore noch bieten, und welche große kulturelle Aufgaben hier noch zu lösen sind. Insbesondere die ländliche Ansiedlungsfrage könnte hier noch eine ideale Lösung finden.

Genossen unter sich. Die „geistig“ verwandten Brüder, die sozialdemokratischen Verbandszeitungen „Der Grundstein“, Organ des Bauarbeiterverbandes und „Der Zimmerer“, Organ des Zimmerverbandes, liegen sich schon seit langem in den Haaren; sie schelten sich gegenseitig in dem bekannten Sauherdentou aus. Mit welcher Ausdrucksform sich hier die Genossen vermöbeln, zeigen folgende Zitierungen: „Flegelien“, „Schlammflut“, „Bosheiten“, krankhafte Ausschleimungen“, „Kohheiten“, „Gegeifer“, infame Lüge“, „stinkige Lüge“, „Grundstein-Dred“, „Weniger Hinterlist, mehr Aufrichtigkeit“, „Ehrlichkeit nur führt zu gegenseitiger Verständigung und zum gemeinsamen Kampf gegen das Ausbeutertum, nicht die stinkigen Schlammfluten im „Grundstein“ usw.

Die Unterhaltung selbst ist sehr interessant; sie zeigt so richtig die Kampfesweise der Verbändler.

Teure Klaviere. Daß manches Klavier ein ansehnliches Vermögen aufwiegt und ein alter, guter Flügel viele tausende Mark kostet, dürfte wohl allgemein bekannt sein. Weniger ist indessen die Tatsache verbreitet, daß Klaviere gebaut worden sind, die schon in der Gasse ihres Materials einen stattlichen Wert — sagen wir 50 000 M. und mehr — repräsentieren. So kostet z. B. das Pianino des gewesenen Sultans von Marokko 60 000 M. Dieses kostbare Stück wurde aus den teuersten Edelholzsorten gebaut und ist mit Ornamenten von massivem Gold ausgeschmückt. Das merkwürdigste an ihm ist aber die Konstruktion. Es läßt sich in verschiedene Teile zerlegen, deren jeder durch einen Träger fortgetragen werden kann. Der Sultan wollte nämlich nicht, daß das kostbare Instrument auf dem Rücken eines Kamels transportiert würde. Noch einmal so hoch als das Klavier des marokkanischen Sultans kommt jedoch das eines gewissen Jan van Deers zu stehen, während ein Flügel des Henry G. Marshall mit einem Preise von 200 000 M. bezahlt worden ist. Dafür ist dieser Flügel natürlich auch ein Prachtstück seiner Art! Er ist nicht nur mit kostbaren Edelsteinen verziert, sondern ist auch mit einem wertvollen Gemälde von Alma Tadema geschmückt. 1907 hatte ein Leipziger Pianofortefabrikant als gerichtlich vereidigter Sachverständiger ein Klavier zu präsen, das einen „awonakid“ genannten jungen Mann zum Erbauer hatte. Kostete das Material zu diesem Instrument auch kein Vermögen, so war doch das Klavier so außerordentlich kunstvoll gebaut, daß dem jungen Manne allein

darauffin die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst zuerkannt wurde. Die wertvollsten Instrumente werden sich wohl im Besitze amerikanischer Milliardäre befinden; diesen Herrn ist es ein kleines, sich das Beste vom Besten zu beschaffen!

Aus der Rechtsprechung

in gewerblichen Angelegenheiten und dem Arbeiter-Versicherungswesen.

Können Sterbegelder gepfändet werden? Nach § 850 Ziff. 4 der Zivilprozessordnung sind die aus Kranken-, Hilfs- und Sterbekassen zu beziehenden Hebungen der Pfändung nicht unterworfen. In einem Falle, mit dem sich das Oberlandesgericht Colmar zu beschäftigen hatte, hatte der Gläubiger eines verstorbenen Handwerkers in Erfahrung gebracht, daß die Erben aus fünf verschiedenen Sterbekassen 2100 M. Sterbegeld zu erwarten hätten, während sie für die Beerdigung nur 78 M. aufgewendet hatten. Der Gläubiger ließ daher die Ansprüche des Verstorbenen an die erwähnten Kassen pfänden. Die Erben des Handwerkers erhoben hiergegen sofort Beschwerde mit der Behauptung, nach der oben erwähnten Gesetzesbestimmung sei eine solche Pfändung nicht zulässig. Tatsächlich wurde die Pfändung auch für unwirksam erklärt. Der Gläubiger legte hiergegen Beschwerde ein, in der er geltend machte, das Gesetz wolle lediglich den Erben eines Verstorbenen durch eine Versicherung, wie sie hier in Frage kommt, die Mittel an die Hand geben, deren sie für die Beerdigung ihres Angehörigen benötigten, nicht aber sollten die Sterbegelder zu einer Bereicherung führen. Indessen hat das Oberlandesgericht den Gläubiger abgewiesen. Die im § 850 der Zivilprozessordnung bezeichneten Sterbegelder sind unbedingt der Pfändung entzogen, so entschied das Gericht; sie unterliegen auch dann nicht der Pfändung, wenn infolge Zugehörigkeit des Verstorbenen zu mehreren Krankenkassen, wie hier, der Erfolg eintritt, daß die Sterbegelder aus den verschiedenen Kassen in ihrer Gesamtheit die Beerdigungskosten weit übersteigen. Die Möglichkeit, daß auf diese Weise den Erben eine vor Pfändung gesicherte größere Geldsumme zufallen kann, hat den Gesetzgeber zu einer Einschränkung der allgemeinen lautenden Vorschrift des § 850 Ziff. 4 der Zivilprozessordnung nicht veranlaßt. Eine solche Einschränkung darf dann aber auch nicht im Wege der Auslegung mit der Erwägung in sie hineingetragen werden, daß der gesetzgeberische Grund, der zu der Vorschrift Veranlassung gegeben hat, im Einzelfalle nicht zutrefte.

Ungepfändete Verjährung des Unfallrentenanpruchs. Das Bayerische Landesversicherungsamt hat entschieden, daß eine Verjährung des Anspruchs auf Unfallrente ausgeschlossen sei, wenn der Verletzte durch außerhalb seines Willens gelegene Umstände gehindert war, den Anspruch rechtzeitig geltend zu machen. Dem Entscheide lag folgender Fall zu Grunde: Ein Eisenbahnarbeiter hatte eine Verletzung durch einen ihm an den Kopf geworfenen Kohlenbrocken erlitten. Die Verletzung hatte ein Augenleiden zur Folge. Da der Verletzte schon früher auf dem gleichen Auge ein Seiden gehabt hatte, war er zunächst der Meinung, es handle sich um das nämliche Leiden. Erst nach Ablauf von zwei Jahren wurde er vom Arzte darüber belehrt, daß seine Ansicht irrig und das Seiden nur eine Folge der erlittenen Kopfverletzung sei. Darauf erhob der Arbeiter Anspruch auf Unfallrente, wurde jedoch von der zuständigen Unfallberufsgenossenschaft zurückgewiesen. Als die Sache dann vor das Landesversicherungsamt kam, wurde die Berufsgenossenschaft belehrt, daß im vorliegenden Falle von einer Verjährung keine Rede sein könne. Sie wurde zur Anerkennung verurteilt.

Gegen die guten Sitten. Als ein Vertrag, der gegen die guten Sitten verstößt, wurde vom Reichs-Gewerbegericht ein Kontrakt bezeichnet, der von den Typsenwerken mit verschiedenen Firmen, die die Bauten der Werke ausführten, abgeschlossen worden war. Die Typsenwerke suchten sich nach diesem Vertrag dagegen zu schützen, daß Arbeiter um eines höheren Lohnes willen sie im Stich ließen und bei anderen Firmen eintraten. Sie trafen daher mit den Firmen die schriftliche Vereinbarung, daß kein Arbeiter bei einer der Vertragsfirmen angestellt wird, wenn er nicht den sogenannten Abklopfchein vorzuweisen vermag. Ein Maschinist der Firma Typsen war nun ohne Kündigung entlassen worden, und den Abklopfchein hatte man dem Mann verweigert. Er versuchte, eine neue Stelle zu erlangen, stieß aber überall auf Schwierigkeiten. Er klagte nun gegen die Firma Typsen, die ihn ohne Kündigung entlassen hatte, und beanspruchte die Summe von 137,55 M. Auf Vorschlag des Vorsitzenden des Gewerbegerichtes kam ein Vergleich zustande, wonach 80 M. zugesprochen wurden. Das Gericht stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß nach dem Gesetz der Vertrag als den guten Sitten zuwiderlaufend betrachtet werden müsse.

Lohnbewegung.

Zuzug ist fernzuhalten von Schiffszimmerern nach Thorn, Schiffsbauplatz Pawlowski.

Jeder Kassierer muß die staatliche Karte einlösen

Patentschau.

Mitgeteilt vom Verbands-Patentbureau Johannes Koch, Berlin-Nichtenberg, Scheffelstr. 10. - Auskünfte kostenlos.)

Angemeldet Patent:

- Nr. 37d. W. 36 958. Einrichtung zum Schutz der Vertikung bei Berglaffung mittels einer winkelförmigen Profilleiste. Joh. Hubert Wilden, Düsseldorf. Ang. 22. 3. 11.
- Nr. 82a. P. 28 121. Verfahren zum Trocknen von Holz. Frank A. Palen, New York. Ang. 3. 1. 12.
- Nr. 34i. B. 66 256. In andere Möbel umwandelbarer Stuhl. Ernst Braun, Zürich, Schweiz. Ang. 7. 2. 12.

Gebrauchsmuster:

- Nr. 37b. 504 115. Klammer zur Verhinderung der Rissebildung bei Nagelzähern. Dr. Szab Kovacs, Budapest. Ang. 22. 3. 10.

Forstarbeiter.

Die Arbeiterverhältnisse in der württembergischen Staatsforstverwaltung im Jahre 1909.

Uebersicht über die Arbeitslöhne

Forstbezirk	Für ein Tagewerk sind im Durchschnitt vergütet worden					
	im Sommer 16. März bis 15. Oktober bei 10stünd. Arbeitszeit		im Winter 15. März bei 8stündiger Arbeitszeit		im Stücklohn im Holzhaareibetrieb, 10stünd. Arbeitszeit einschl. Hin- und Herweg	
	1908	1909	1908	1909	1908	1909
V. Ober-Schwäbischen.						
Baindt . . .	3.-	3.-	2.60	2.60	3.58	3.87
Bettenreute . . .	3.-	3.-	2.60	2.60	3.44	3.02
Eiberach . . .	2.70	2.50	2.50	2.50	2.61	2.66
Eichtenheim . . .	2.60	2.60	2.40	2.20	2.56	2.82
Gürbel . . .	2.70	2.70	2.40	2.40	2.38	2.99
Leutkirch . . .	3.-	3.-	2.60	2.60	2.98	3.19
Mengen . . .	2.80	2.80	2.40	2.40	3.28	3.28
Obenhausen . . .	2.50	2.70	2.20	2.30	2.62	2.70
Niedlingen . . .	2.50	2.50	2.20	2.20	2.47	2.70
Schwenried . . .	2.40	2.70	2.70	2.40	2.81	2.81
Tetragang . . .	3.-	3.-	2.60	2.60	4.04	3.79
Sangen . . .	2.80	3.-	2.60	2.60	3.12	2.99
Weingarten . . .	3.-	3.-	2.60	2.60	3.65	3.28
Weissenau . . .	3.-	3.-	2.60	2.60	2.91	3.38
Wiblingen . . .	2.80	2.80	2.50	2.50	2.49	2.64

Die veröffentlichten Zahlen sprechen für sich selbst. Sie mahnen zur Organisation und verpflichten die Kollegen, in der Agitation nicht zu erlahmen.

Aus den Ortsvereinen.

Berlin (Bezirk Nord und Vantischler) Samstag, den 16. Mai. Herrenpartie nach Frohnau, Stolpe, Hohenschöpping und Behren. Treffpunkt 7 Uhr am Eingang des Fernbahnhofs am Bahnhof Gesundbrunnen. Abfahrt 7 1/2 Uhr. Treffpunkt für Nachzügler bis 10 Uhr vormittags in Dorf Stolpe, Restaurant Bergemann. Regere Beteiligung der Kollegen wird erwartet. Gäste willkommen.

Berlin (Bezirk Ost und Südost) Am Samstag, den 16. Mai. Herrenpartie nach der Oberpree. Abfahrt vom Görlitzer Bahnhof 6.40 Uhr früh. Treffpunkt für Nachzügler in Grünau am Bahnhof bis 9.50 Uhr vormittags.

Spandau. Zu unserer letzten Monatsversammlung des Ortsvereins der Holzarbeiter war vom Hauptvorstande der Kollege E. Bleicher erschienen. Nachdem der geschäftliche Teil der Tagesordnung erledigt war, erhielt der der Kollege Bleicher das Wort. Das Thema lautete: „Die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe der Neuzeit.“ Bleicher gab in markanten Zügen ein Bild über die Entwicklung des Reichs, die außerordentlich starke Bevölkerungsunahme, die immer stärker einsetzende Industrialisierung des deutschen Volkes. Durch die Agrarpolitik wie sie zurzeit im Deutschen Reich getrieben wird, trat nicht nur eine Verleerung der landwirtschaftlichen Produkte ein, sondern der Großbetrieb in der Landwirtschaft führte zu einer Entvölkerung die das flache Land entvölkert. Das Ideal des Besitzes einer heimlichen Scholle geht zum Schaden unseres Volkes immer mehr verloren. Durch bessere Löhne und kürzere, geregelte Arbeitszeit, werden die landwirtschaftlichen Arbeiter angezogen und es entsteht eine Abwanderung vom Lande nach den Städten und industriereichen Gegenden. Die Folgen davon sind ein Ueberangebot von Arbeitskräften und die Herabdrückung der Löhne, dem nur durch den Ausbau der Organisationen entgegenzusetzen werden kann. Der Vorkurs von 1902 hatte eine außerordentliche Verteuerung aller Lebensbedingungen zur Folge; dazu kommt noch die ungeheure Schuldenlast des Reiches, zu deren Deckung immer wieder neue Steuern erforderlich waren. Eine gerechte Steuer wäre die Erbschaftsteuer gewesen, sie wurde jedoch vom Reichstage abgelehnt, wie auch dieser Reichstag in vieler Hinsicht nur eine Belastung der Masse des Volkes gebracht habe. Die arbeitenden Klassen haben unter dieser Politik schwer zu leiden und die Erbitterung über die ständige Erschwerung zur Beschaffung der notwendigsten Mittel zur Lebenshaltung stieg immer mehr. Die letzte Reichstagswahl hatte denn auch gezeigt, welche Stimmung im Volke vorhanden ist. Nun die einzelnen wirtschaftlichen Kämpfe streifend behandelte er eingehend den letzten Bergarbeiterstreik, welcher den Arbeitern leider keinen Erfolg gebracht habe, trotzdem die Forderungen die Preise für die Kohlen am 1. April erhöht hätten. In dieser Niederlage haben die Christlichen die größte Schuld, da durch ihr Verhalten ein festes Zusammenarbeiten unmöglich gemacht wurde. Der interessante Vortrag wurde von den anwesenden Mitgliedern mit Beifall aufgenommen und der Wunsch ausgesprochen, solche Vorträge des öfteren zu hören. In der folgenden Diskussion, welchen eine rege Aussprache hatte, erklärten sich die Redner mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Nach Beendigung der Diskussion erhielt Kollege Bleicher das Schlusswort, in welchem er noch einige in der Diskussion aufgeworfene Fragen in eingehender Weise erörterte.

J. A. E. Neugebauer, Schriftführer.

Stolz i. Pommern. Die meisten Gewerkschaftskollegen sind leider der Ansicht, mit dem Beitragszahlen ihre Pflicht dem Gewerkschaft gegenüber erfüllt zu haben. Versammlungen zu besuchen, um Mißstände und sonstige Vorkommnisse in der Arbeiterbewegung zu besprechen, halten die Kollegen für überflüssig. Was nützen die besten Vorträge, wenn sie vor leeren Stühlen gehalten werden. Durch diese Sanftmütigkeit ist es der Leitung unmöglich intensiv zu arbeiten, es führt auch dahin, daß man den Mut verliert. Dieses trifft auch in Stolz zu. Trotz aller Mühe des Vorstandes, Propaganda bei unsern Mitgliedern für die Versammlung zu machen, sei es durch Zeitungsausschnitt und Zirkulare in den Betrieben herumzuschicken, hat leider in der letzten Versammlung keinen Erfolg gezeigt. Nach unserer Ansicht geht es

den Kollegen zu gut, ja es scheint uns, als ob sie den Rosenweg gefunden haben. Am 13. April fand unsere Mitgliederversammlung statt, in welcher unser Bezirksleiter, Kollege Mroczowski-Danzig über „Das heutige Arbeitsverhältnis gegen früher,“ referierte. Redner legte in sachlich verständlicher Ausführung folgendes dar. Wieviel Arbeit und Kämpfe es gefordert hat, bis die Arbeitgeber durch die Organisation den Tarifvertrag anerkannt haben. Dieses mühten die Stolper Kollegen aus Erfahrung wissen, da erst durch zwei vorausgegangene Bewegungen nach 13 resp. 18 wöchentlichem Kampfe die Stolper Arbeitgeber den Tarifvertrag 1906 mit den Organisationen anerkannt haben. Redner wies darauf hin, daß es in den früheren Jahren noch keine Arbeitgeberverbände gab. Heute sind die Arbeitgeber genau so organisiert wie die Arbeiter. Früher beschränkten sich die Bewegungen auf einzelne Betriebe, heute dagegen auf ganze Bezirke, so daß tausende von Arbeitern bei solchen Bewegungen in Betracht kommen. Bei solchen Kämpfen unterliegt derjenige, der nicht genügend Macht und Ausdauer besitzt. Dieses hatte uns der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet genau gezeigt. Der Tarifvertrag hat den Zweck, daß jedes Stück, ganz gleich, von welchem Arbeiter es hergestellt wird, gleichen Lohn bekommt, ferner hat der Tarifvertrag den Zweck, auf einige Zeit hinaus den Arbeiter zu sichern, sei es bei schlechter oder guter Konjunktur, und den tariflich vorgesehenen Lohn zu erhalten. Und daher ist es von großer Wichtigkeit, dieses nicht bloß auf dem Papier zu haben, sondern es soll vom Arbeitnehmer sowohl wie vom Arbeitgeber auch innegehalten werden. Leider, so führte Kollege Mroczowski an, gibt es Organisationen, denen es nicht daran liegt, eine Aufbesserung für die Arbeiter zu schaffen, sondern sie nutzen den Arbeiter aus, um ihre Partei zu stärken. Ja, sie bringen bei einem gemeinsamen Zusammenarbeiten nur Uneinigkeit unter die Arbeiterschaft, wovon die Stolper Kollegen ein Vieb fingen können. Den Gewerkschaftskollegen erwächst demgemäß die Pflicht, immer enger die Reihen zu schließen, um für solche Fälle gewappnet zu sein. Wie der Holzarbeiterverband im Jahre 1910 den Ortsverein der Holzarbeiter an die Wand zu drücken suchte, so versucht der Zentralverband der Töpfer, welcher hier in einer Bewegung steht, unseren Kollegen des Gewerkschafts der Bauhandwerker (Sektion der Töpfer) einen Vernichtungskampf zu liefern. Unsere Gegner werfen immer so mit Streikbrechern herum. Wo findet man denn Streikbrecher? Wer hat solche aufzuweisen? Der Zentralverband der Dachdecker Stolp, welcher auch gegenwärtig in einer Bewegung steht! Also wascheite Genossen fallen ihren eigenen Berufskollegen in den Rücken!!! Wir behalten uns vor, in nächster Nummer einen ausführlichen Bericht zu geben, worin wir diese Bewegung schildern werden. — Kollegen, mit dem Verhandlungsabschluß muß es unter allen Umständen besser werden, denn nur in den Versammlungen können wir uns verständigen und über alle Vorkommnisse informieren. Hoffen wir, daß diese Zellen wirken und den Mitgliedern Ansporn zu neuer Arbeit geben. — Kollegen Mroczowski für seinen lehrreichen Vortrag an dieser Stelle unsern besten Dank.

Der Ausschuss.

Bekanntmachungen des Hauptvorstandes.

Die Mitglieder der Begräbniskasse Nr. 14, 18b, 18c, 21 in Berlin, 2733, 2733b in Goltha, 278b in Greifswald, 184 und 186 in Dresden restituieren mit den Beiträgen über die statutarische Frist. Erfolgt innerhalb 14 Tagen keine Begleichung derselben, so werden die Mitglieder gestrichen.

Der Vorstand.

Anzeigen.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

Ortsv. der Holzarbeiter Berlin.

Versammlungskalender.

Sonnabend, 4. Mai 1912:

Bez. Ost und Vantischler. Abends 8 1/2 Uhr. Kassenrat. 65. Bezirksversammlung.

Bez. Südost und Klobierarbeiter. Abends 8 Uhr. 6. Bezirksversammlung. Adolfsstraße 21. Bezirksversammlung.

Bez. Siedlich. Abends 8 1/2 Uhr. in „Bismarckhäuser“. Schloßstraße 66. Bezirksversammlung.

Freitag des Kollegen Ziehe über: „Unsere Kräfte- und Begräbniskasse.“ Dann wird

Kassenrat. 65. Bezirksversammlung.

Bez. Ost und Vantischler. Abends 8 1/2 Uhr. Kassenrat. 65. Bezirksversammlung.

Bez. Südost und Klobierarbeiter. Abends 8 Uhr. 6. Bezirksversammlung. Adolfsstraße 21. Bezirksversammlung.

Bez. Siedlich. Abends 8 1/2 Uhr. in „Bismarckhäuser“. Schloßstraße 66. Bezirksversammlung.

Freitag des Kollegen Ziehe über: „Unsere Kräfte- und Begräbniskasse.“ Dann wird

Kassenrat. 65. Bezirksversammlung.

Bez. Ost und Vantischler. Abends 8 1/2 Uhr. Kassenrat. 65. Bezirksversammlung.

Bez. Südost und Klobierarbeiter. Abends 8 Uhr. 6. Bezirksversammlung. Adolfsstraße 21. Bezirksversammlung.

Bez. Siedlich. Abends 8 1/2 Uhr. in „Bismarckhäuser“. Schloßstraße 66. Bezirksversammlung.

Freitag des Kollegen Ziehe über: „Unsere Kräfte- und Begräbniskasse.“ Dann wird

Kassenrat. 65. Bezirksversammlung.

Bez. Ost und Vantischler. Abends 8 1/2 Uhr. Kassenrat. 65. Bezirksversammlung.

Bez. Südost und Klobierarbeiter. Abends 8 Uhr. 6. Bezirksversammlung. Adolfsstraße 21. Bezirksversammlung.

Bez. Siedlich. Abends 8 1/2 Uhr. in „Bismarckhäuser“. Schloßstraße 66. Bezirksversammlung.

Freitag des Kollegen Ziehe über: „Unsere Kräfte- und Begräbniskasse.“ Dann wird

Kassenrat. 65. Bezirksversammlung.

Bez. Ost und Vantischler. Abends 8 1/2 Uhr. Kassenrat. 65. Bezirksversammlung.

Bez. Südost und Klobierarbeiter. Abends 8 Uhr. 6. Bezirksversammlung. Adolfsstraße 21. Bezirksversammlung.

Bez. Siedlich. Abends 8 1/2 Uhr. in „Bismarckhäuser“. Schloßstraße 66. Bezirksversammlung.

Freitag des Kollegen Ziehe über: „Unsere Kräfte- und Begräbniskasse.“ Dann wird

Kassenrat. 65. Bezirksversammlung.

Dienstag, 14. Mai 1912:

Vantischler. Abends 8 1/2 Uhr. im Verden-Haus, Greifswalder Str. 21, 23. Herrenmännerversammlung.

Regere Beteiligung an den Versammlungen erwartet.

Die Verwaltung.

Eilenach (Ortsverband). Karten 6. Kassenrat Edmund Hartmann. Dienstag, 10.

Regere Beteiligung an den Versammlungen erwartet.

Der Ausschuss.

Regere Beteiligung an den Versammlungen erwartet.

Süddeutsche

Schreiner-Fachschule Nürnberg

Erstklassige technische und kunstgewerbliche Lehranstalt mit Handelskursen. Größe und anerkannt beste Privatschule der Branche. Im Schuljahr erhalten 60 Schüler Stipendium. Progt. u. Erwerb. umsonst.

Ortsverein Neufölln.

Sonnabend, den 11. Mai 1912

5. Kassenrat, Sonnabend, 199.

Versammlung.

Regere Beteiligung an den Versammlungen erwartet.

Der Ausschuss.

Unsern werten Kollegen und Gründer des Ortsvereins, den

Gründer Robert Meisel, Wittigstr. 15,

zu seinem 60. Geburtstag die

herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen des Ortsvereins der

Holzarbeiter zu Striegau.

Patentschau

Zusammengestellt v. Patentbüro O. Krueger & Co. Abschriften billigst, Auskünfte fre. Adr.: Berlin-Lichtenberg, Scheffelstrasse 10. Telefon Amt Lichtenberg 528. Oder Dresden, Telefon 341.

Ortsverein der Holzarbeiter Nowawes-Potsdam

Sonnabend, den 4. Mai 1912, im „Germaniaaal“ (Witwe Klemm)

Wilhelmstraße 118.

Feier des 30jährigen Bestehens

verbunden mit Konzert, Chorgesänge, Theater und Festball

Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 25 Pf. Tanz 50 Pf.

Alle Kollegen von Nah und Fern werden mit ihren werten Damen herzlich eingeladen und um ihr Erscheinen gebeten. Der Vorstand.